

Die Oltner und „ihr“ Aktionskomitee

Die Ereignisse vom 9. bis 14. November 1918 sind in der Oltner Bevölkerung während Jahrzehnten in zwiespältiger Erinnerung geblieben. Während sie in der organisierten Arbeiterschaft als „denkwürdige Tage“ glorifiziert wurden¹, protestierte der Gemeinderat in einer Resolution zuhanden der eidgenössischen und kantonalen Behörden gegen die Bezeichnung des „Oltner Aktionskomitees“, durch welche der gute Ruf Oltens als einer patriotischen Stadt geschändet werde.²

Heute sind die Ereignisse rund um den Generalstreik von 1918 in Vergessenheit geraten. Was das „Oltner Aktionskomitee“ war, wissen nur noch historisch Interessierte. Deshalb soll hier – im Hinblick auf den 90. Jahrestag – versucht werden, das dramatische Geschehen kurz in Erinnerung zu rufen.

Klima des Klassenkampfes

Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatten die Schweizer Sozialdemokraten – wie die meisten ihrer Gesinnungsgenossen in anderen europäischen Ländern auch – ihre grundsätzliche Opposition gegen die bürgerliche Staats- und Gesellschaftsordnung aufs Eis gelegt. Im Zeichen des „Burgfriedens“ wurden die Parteiaktivitäten weitgehend eingestellt, die gewerkschaftlichen ebenfalls. Dies wurde von der Gegenseite sofort ausgenützt. Der Bundesrat setzte aufgrund seiner Vollmachten die wichtigsten Bestimmungen des Fabrikgesetzes ausser Kraft. Damit waren Ueberzeitarbeit ohne Lohnzuschlag, Lohnkürzungen, Sonntags- und Nacharbeit vermehrt zugelassen. Unter der Arbeiterschaft machte sich Elend breit, verstärkt durch das Fehlen einer Lohnausfallentschädigung während des Militärdienstes, durch Arbeitslosigkeit und wachsende Wohnungsnot. Es schien, als würden die in mühseligem Ringen erreichten Positionen der Arbeiterschaft bewusst rückgängig gemacht.

Dadurch wurde die sozialdemokratische Parteibasis erneut mobilisiert; auch zahllose Lohnabhängige, die der organisierten Arbeiterschaft bisher fern gestanden waren, erblickten in ihr die einzige Kraft, die wirklich für ihre Interessen eintrat. Die Mitgliederbestände wuchsen rasch an, im Kanton Solothurn beispielsweise erreichte die SP bei den Kantonsratswahlen im Sommer 1917 einen Wähleranteil von 25 Prozent.³

Gleichzeitig radikalisierte sich die Sozialdemokratie. An den internationalen Sozialisten-Konferenzen von Zimmerwald, Kiental und Stockholm 1916/17 spielten die Schweizer eine führende Rolle. Als einzige unter den sozialdemokratischen Parteien Europas stellte sich die schweizerische auf den Boden des „Zimmerwalder Manifests“. Dieses richtete sich gegen die Burgfriedenspolitik, erinnerte die internationale Arbeiterschaft an ihre Pflicht zum unversöhnlichen proletarischen Klassenkampf und forderte einen Frieden auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen. Dabei aber grenzten sich die massgebenden Köpfe der SPS deutlich gegen die sog. „Zimmerwalder Linke“ unter der Führung von Lenin ab, welche dieses Ziel mit den

¹ Die 17 inhaftierten Eisenbahner liessen sich in Heldenpose ablichten. Der Text zu der Fotografie lautet: „Aus bewegten Tagen, die Inhaftierten. Hoch die Solidarität!“ (StA Olten, Archiv SPO)

² zit. nach Meyer, E.: Der Generalstreik in Olten. ONB 1969, S. 48.

³ Lätt, J.-M.: 120 Jahre Arbeiterbewegung des Kantons Solothurn, S. 136ff.

Mitteln des bewaffneten Kampfes erreichen wollten. Dagegen befürworteten sie klar die Taktik des politischen Massenstreiks.

Im letzten Kriegsjahr nahm die nationale und die internationale Krisensituation beängstigende Ausmasse an. Der Krieg war auf dem Höhepunkt, in Russland hatten die Bolschewisten die Macht übernommen. Die Schweiz war von politischen und sozialen Konflikten zerrissen. Die Parteinahme für die Krieg führenden Mächte Frankreich und Deutschland drohte die Nation zu spalten. In der Arbeiterschaft gärte es. Die Preise stiegen unaufhörlich, die Löhne sanken, Mietzins und Lebensmittel wurden immer weniger bezahlbar, die Arbeitslosen hatten keine Versicherung. Während die Bevölkerung hungerte, las sie in den Zeitungen über „Spekulanten“, „Wucherer“, „Schieber“ und über reiche Ausländer, die sich in die kriegsverschonte Schweiz zurückgezogen hätten.

Die Gründung des Oltner Aktionskomitees⁴

Der korrekte Name lautete „Aktionsausschuss der Oltener Konferenz“. Den Anlass zu seiner Gründung im Volkshaus an der Mühlegasse am 4. Februar 1918 bildete der Kampf der Sozialdemokratie gegen eine vom Bundesrat geplante Vorlage über die Zivildienstpflicht.⁵ Was vom Bundesrat zur Hebung der Landesversorgung gedacht war, wurde von sozialdemokratischer Seite als Versuch gedeutet, die Arbeitswelt zu militarisieren und „aus der ganzen Schweiz ein Witzwil zu machen“.

Zunächst sah es so aus, als liesse sich die Sache gütlich regeln: Der Bundesrat erklärte sich bereit, bei der Neu-Aufgleisung der Vorlage die bisher übergangenen Organisationen der Arbeiterschaft einzubeziehen. Doch war hier das Misstrauen gegenüber den bürgerlich dominierten Behörden schon so weit fortgeschritten, dass sich die Befürworter einer kompromisslosen Haltung durchsetzten. Der Bundesrat wurde ultimativ zu weiter gehenden Zugeständnissen aufgefordert, dieser reagierte mit einem Truppenaufgebot. Der Konflikt eskalierte.

Eine führende Rolle spielte dabei der als Chefredaktor der „Berner Tagwacht“ tätige Nationalrat *Robert Grimm*, der bereits 1916 die Zimmerwalder Konferenz geleitet hatte. Ohne Rücksprache mit den Spitzen von Partei und Gewerkschaftsbund, bei denen er in Ungnade gefallen war, lud er eine Handvoll einflussreicher Partei- und Gewerkschaftsführer (darunter auch den Oltner NR Jacques Schmid) zu einer Zusammenkunft in Bern ein, wo man beschloss, auf Montag, 4. Februar 1918 eine Sitzung der Geschäftsleitung der Partei, des Gewerkschaftsbundes, der Nationalratsfraktion und der Parteipresse in das „Volkshaus“ nach Olten einzuladen. Hier wurde eine Proklamation verabschiedet, welche tags darauf in den sozialistischen Blättern erschien. Darin wurden die Bedingungen formuliert, unter welchen die Linke bereit war, den vorgesehenen Massnahmen zur Sicherung der Landesversorgung zuzustimmen. Fast beiläufig war dabei die Rede von einem „Aktionsausschuss“, der entsprechende Anträge vorbereiten sollte. Damit war das „Oltener Aktionskomitee“ ins Leben gerufen.

So harmlos wie dies tönt, war das Komitee von dessen Initiator Robert Grimm allerdings schon von Anfang an nicht gemeint. Für ihn ging es um „die

⁴ Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die Darstellung von W. Gautschi (Der Landesstreik 1918. Zürich 1968)

⁵ Zur Steigerung der Produktion sollte der Landesregierung das Recht eingeräumt werden, alle in der Schweiz wohnhaften Personen vom 14. bis zum 60. Altersjahr gegen eine „landesübliche Entschädigung“ zu zivilem Hilfsdienst, vorwiegend in der Landwirtschaft und im Bereich der Bodenverbesserung, aufzubieten

Zusammenfassung des Klassenkampfes unter einer einheitlichen Leitung“, die es ihm erlaubte, seine dominierende Position innerhalb der Partei zurück zu gewinnen.

Dem Komitee gehörten ausser Grimm, der es präsierte, Friedrich Schneider, Redaktor des Basler „Vorwärts“, die linke Zürcher Sozialistin Rosa Bloch-Bollag und die Gewerkschaftsfunktionäre Karl Dürr (SGB), Konrad Ilg (Metallarbeiterverband), August Huggler (Zugspersonalverband) und Franz Reichmann (Holzarbeiterverband) an. Im April kamen noch drei Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften hinzu. Die konstituierende Sitzung fand in Bern statt, nur gelegentlich tagte es fortan in Olten.

Der Generalstreik

Unter der Führung von Robert Grimm setzte sich das Komitee über schwere Bedenken, sowohl von Seiten der Gewerkschaften als auch der Partei, gegen die Vorbereitung eines Generalstreiks hinweg. In der Folge wurde die Drohung mit dessen Auslösung erfolgreich als politisches Druckmittel gegenüber der unentschlossenen Landesregierung eingesetzt, zum Beispiel im April 1918, als der Bundesrat auf Drängen des Bauernverbandes den Milchpreis massiv erhöhte. Als Grimm im entscheidenden Moment vor dem letzten Schritt zurückschreckte und zu einer Kompromisslösung Hand bot, wurde das OAK von Partei und Gewerkschaften an die Kandarre genommen. Der Erste Allgemeine Schweizerische Arbeiterkongress, der Ende Juli in Basel tagte, erteilte ihm den verbindlichen Auftrag, mit dem Bundesrat über die Forderungen der Arbeiterschaft zu verhandeln und gleichzeitig den Generalstreik vorzubereiten. In den Verhandlungen mit dem OAK gab der Bundesrat den meisten Forderungen der Arbeiterschaft nach. Damit ging deren Streikbereitschaft, vor allem in den ländlichen Regionen und insbesondere beim öffentlichen Personal, zurück. Allmählich bahnte sich eine Erfolg versprechende Zusammenarbeit zwischen dem Bundesrat und der „Exekutive der Arbeiterschaft“ an. Dafür geriet das Komitee von Seiten des linken Parteiflügels unter Beschuss.

Die weitere Entwicklung, auf die hier nicht im Detail eingegangen wird, ist sowohl durch die internationalen Ereignisse in der letzten Phase des Ersten Weltkrieges als auch durch die soziale Not infolge verschärfter Teuerung und der bedrohlichen Verbreitung einer Grippe-Pandemie bestimmt. Die wachsenden sozialen Spannungen manifestierten sich besonders in der Grossstadt Zürich, wo die Parteilinke auf ein forscheres Vorgehen drängte. Die Zürcher Arbeiterschaft fühlte sich als Avantgarde des schweizerischen Proletariats, ihr Presseorgan „Das Volksrecht“ erschreckte das Bürgertum durch seine aggressive Sprache. Als die Sozialdemokraten Ende Oktober zu einer Feier zum ersten Jahrestag der russischen Revolution aufriefen und kurz darauf die Nachrichten von den turbulenten Vorgängen in den deutschen Hafen- und Industriestädten eintrafen, verstärkten sich in bürgerlichen Kreisen die (wie sich im Nachhinein zeigte, weitgehend unbegründeten) Aengste vor einem unmittelbaren bevorstehenden Umsturz. Angesichts der wachsenden Unruhen wandte sich die Zürcher Regierung an den Bundesrat mit dem Ersuchen um ein Truppenaufgebot. Lange widersetzte sich die Landesregierung diesem problematischen Schritt, gab aber schliesslich dem Drängen von General Wille und von Persönlichkeiten aus der Bankenwelt nach.

Das Oltener Aktionskomitee reagierte moderat: Statt der von radikalen Kreisen geforderten Ausrufung des unbefristeten Generalstreiks proklamierte es einen 24-stündigen Proteststreik in den 19 grössten Industrieorten des Landes, darunter auch in Olten und Solothurn. Der Aufruf wandte sich „gegen die militärische und bürgerliche Diktatur“ und bezeichnete das Truppenaufgebot als „dreiste

Herausforderung“. Die organisierte Arbeiterschaft sei nicht, wie von bürgerlich-konservativer Seite behauptet, am Gängelband der Bolschewiki (so nannte man die russischen Sozialisten um Lenin) und lehne den Putschismus ab. Der Appell verlangte „die Solidarität der Klassengenossen im Wehrkleide“, von denen „keine Verweigerung der Einrückung, wohl aber die strikte Weigerung, von der Waffe gegen das Volk Gebrauch zu machen“, gefordert wurde.

Der Proteststreik verlief überall diszipliniert und ohne schwere Zwischenfälle. Nach den Weisungen des Oltener Aktionskomitees hätte die Aktion nach vierundzwanzig Stunden zu Ende gehen sollen. Aber die von der Linken dominierte Zürcher Arbeiterunion setzte sich, durch die Nachrichten über die revolutionäre Entwicklung in Deutschland euphorisiert, über den Willen des Komitees hinweg und proklamierte den unbefristeten Generalstreik, ein Beschluss, dem sich das kantonale Gewerkschaftskartell anschloss. Auch auf andere Orte sprang der Funke über.

Damit hatte die Zürcher Arbeiterschaft die Initiative an sich gerissen. Umsonst versuchte das Oltener Aktionskomitee durch Verhandlungen mit dem Bundesrat das Schlimmste zu verhindern. Die Landesregierung blieb hart und brach den Kontakt zu dem Komitee ab. Diesem blieb schliesslich nichts anderes übrig, als den unbefristeten Landes-Generalstreik auszurufen.

Ein Streik ist keine Sonntagsschule. Während er an den meisten Orten diszipliniert und ohne besondere Zwischenfälle verlief, kam es mancherorts zu Ausschreitungen: Provokationen, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen. Wer sich der Aktion widersetzte, wurde als „Streikbrecher“ gebrandmarkt und gar zur Beteiligung an Demonstrationen gezwungen. Bis die zum „Ordnungsdienst“ aufgebotenen Truppenkontingente eintrafen, beherrschten die Streikkomitees die Situation, und weil der Bahnbetrieb fast ganz lahm gelegt war und aus Angst vor Repressalien blieben zahlreiche Betriebe geschlossen. Doch der Triumph der Streikenden war von kurzer Dauer. Das Militär griff hart durch, und nach drei Tagen entschloss sich das „Oltener Aktionskomitee“, den Streik wieder abubrechen, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden.

Die Ereignisse in Olten

Streiks waren in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg alles andere als eine Seltenheit. Besonders die Uhrenregion Solothurn-Leberberg war damals schweizweit bekannt für die unerbittliche Härte, mit welcher Arbeitskonflikte ausgetragen wurden. In Grenchen kam es denn auch am 14. November 1918 zu den brutalsten Armeeeinsätzen, die drei Menschenleben forderten. Demgegenüber war es im unteren Kantonsteil bisher vergleichsweise „ruhig“ geblieben. Streiks und Aussperrungen wurden besonders im Baugewerbe und in der Metall- und Schuhindustrie verzeichnet; das Verkehrspersonal, welches die hiesige Arbeiterbewegung prägte, hatte bisher noch nie zum Mittel der Arbeitsniederlegung gegriffen. Dass sich die Eisenbahner 1918 am Generalstreik beteiligten, war angesichts der strategischen und symbolischen Bedeutung des Verkehrs besonders gravierend. Dessen war man sich auch in Militärkreisen bewusst „Heute Morgen fahren keine Züge hier ab“, schrieb General Wille an seine Frau. „Dass aber Züge doch fahren, ist nach meiner Ueberzeugung die erste Bedingung des Sieges über die Revolution.“

Dem Eisenbahnknotenpunkt Olten mit seiner SBB-Hauptwerkstätte kam in diesen Tagen eine zentrale Bedeutung zu. Unter der Führung des aus dem Zürichbiet

zugezogenen Redaktors *Jacques Schmid* hatte sich in den in der Oltner Arbeiterunion, welcher alle sozialdemokratischen Organisationen auf dem Platz angehörten, ein prononciertes Klassenbewusstsein entwickelt. In den letzten Kriegsjahren hatte sich das soziale Klima derart verschärft, dass die Arbeiterunion im März 1918 auf die „Anwendung der schärfsten Kampfmittel“ drängte. Dem entsprechend blieb Schmid im Parteiorgan „Neue Freie Zeitung“ gegenüber der klassenkämpferischen Rhetorik seiner Redaktionskollegen in den bürgerlichen Zeitungen nichts schuldig.

In den eigenen Reihen aber verstanden es die Oltner Genossen, die numerisch nie sehr starke Parteilinke, die sich vor allem in der sozialistischen Jugendorganisation bemerkbar machte, zurück zu binden. Und so verlief der Generalstreik in Olten, besonders im Vergleich mit den Ereignissen in Grenchen und Solothurn, äusserst diszipliniert und ohne nennenswerte Zwischenfälle. Die lokale Streikleitung war ständig mit den Gemeindebehörden im Kontakt, und auch diese, allen voran der freisinnige Stadtammann und Ständerat Dr. Hugo Dietschi, enthielten sich, soweit es eben möglich war, unnötiger Provokationen. Entsprechend den Weisungen des „Oltner Aktionskomitees“ blieben öffentliche Dienste wie Wasser-, Licht- und Gasversorgung, Fürsorge- und Bestattungswesen unangetastet und man erklärte sich entschlossen, keinerlei Ausschreitungen zu dulden. Im Gegenzug versprach der Stadtammann, nur im Notfall Truppen anzufordern. Als ein Rangierarbeiter im Hasligebiet einen von Brugg heranfahrenden Zug mit einer Signalfahne aufhielt, distanzierte sich die Streikleitung unverzüglich von diesem Zwischenfall; der Stadtammann aber konnte dem Drängen von Unternehmern nach militärischem Schutz der „Arbeitswilligen“ nicht lange widerstehen und nach wenigen Tagen standen über 2000 Soldaten in der Stadt.

Die Reaktion formiert sich

Nach dem Ende des Generalstreiks setzte eine beispiellose Hetze ein gegen alle, die sich daran beteiligt hatten. Der Streik wurde als gewaltsamer Versuch eines politischen Umsturzes nach dem Vorbild des bolschewistischen Putsches in Russland diffamiert. Konservative Politiker giftelten über den „Oltner Soviet“, den sie für alles Uebel, sogar für die Opfer der Grippeepidemie, verantwortlich machten. Besonnene bürgerliche Politiker wie der Oltner Stadtammann Hugo Dietschi wurden als Versager hingestellt, die Stimme des sozialliberalen Adrian von Arx, der im Kantonsrat auf die Verantwortung bürgerlicher Kreise für das Elend der kleinen Leute hinwies, blieben lange ungehört. Unter dem Beifall der Behörden trieben die Wortführer der Reaktionäre die Bildung paramilitärischer „Bürgerwehren“ voran, die einen allfälligen erneuten Generalstreik im Keim ersticken sollten, zum Glück aber nie zum Einsatz kamen. Die Führer des Generalstreiks, darunter auch 17 Oltner Eisenbahner wurden vor Militärgericht gestellt, meistens aber frei gesprochen. Andere wurden entlassen oder mit Lohnabzügen und Degradierungen gemassregelt.

Die Vorgänge im November 1918 markieren eine historische Wende. Zunächst wurde der Generalstreik zwar vorwiegend als Niederlage der Arbeiterschaft interpretiert. Heute wissen wir, dass er eines der bedeutendsten und folgenreichsten Ereignisse in der Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert war. Grosse Fortschritte wie die AHV, das Frauenstimmrecht, das proportionale Wahlrecht oder die Gesamtarbeitsverträge – alles Elemente, die heute zum Grundbestand der Schweiz gehören – finden sich als Forderungen im Generalstreik-Programm.

Das „Oltener Aktionskomitee“, dessen sich das offizielle Olten neun Jahrzehnte lang schämte, ist – das haben differenzierte Forschungen ergeben – keine bolschewistische Bande gewesen, sondern das vom Schweizerischen Arbeiterkongress eingesetzte Exekutivorgan der organisierten Arbeiterschaft in einer Zeit der schärfsten sozialen Krise unserer jüngeren Geschichte, dem freilich die Kontrolle in einem entscheidenden Moment entglitten war. Dass es den Namen unserer Stadt trug, ist Ausdruck der zentralen Stellung des Oltner Bahnhofes; mit der Stadt und ihrer Bevölkerung hat es direkt nichts zu tun und hat hier auch keinerlei Spuren hinterlassen. Das Volkshaus, in dem es einst gegründet wurde, existiert längst nicht mehr.

Dennoch hat Olten guten Grund, sich zum Generalstreik von 1918 als Teil seiner eigenen Geschichte zu bekennen. Zum einen gehörte unsere Stadt zu den 19 wichtigen Industrieorten, welche das OAK zur Durchführung des Proteststreiks vom 9. November ausersehen hatte, was deren wirtschaftliche Bedeutung unterstreicht. Zum anderen – und das scheint mir wichtiger zu sein - demonstrierten die Oltner, und zwar die freisinnigen Stadtbehörden ebenso wie die sozialdemokratische Streikleitung, dass es auch unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen möglich ist, soziale Konflikte ohne Gewaltanwendung und Blutvergiessen zu überstehen und mit der Zeit zu entschärfen. Statt verschämt ein heikles Kapitel unserer Geschichte zu verdrängen, dürfen wir es durchaus wagen, uns damit auseinander zu setzen und des Generalstreiks vielleicht sogar mit einem gewissen Stolz zu gedenken.

Peter Heim, Stadtarchivar